



Gesetz zur Tarifeinheit „deutscher Sonderweg?„

Ist das eine bundesrepublikanische Ausnahme innerhalb der EU, was hier gerade mit dem geplanten Gesetz zur Tarifeinheit passiert – leicht kann der Eindruck entstehen, weil viele eigentlich wenig über die Medien und gerade auch die gewerkschaftlichen Medien erfahren von der gewerkschaftlichen Landschaft und ihren Konflikten in den westeuropäischen Nachbarstaaten. In diesem kurzen Beitrag will ich mich auf zwei Länder konzentrieren, auf Italien und Frankreich.

In Italien haben wir drei grosse Gewerkschaftsdachverbände, die von ihrer Geschichte her an die etablierten Parteien, christdemokratische und kpi, gebunden waren. Der Bekannteste war und ist die CGIL, die zumeist eng mit der Pci kooperierte. In der Cgil gab und gibt es die FIOM, den recht bekannten Metallarbeiter_innen, der zu den radikaleren Gewerkschaften in Europa gehörte und speziell bei Fiat immer recht stark verankert war.,.

Daneben gibt es eine Reihe von Basisgewerkschaften von Nord bis Süd und auch Berufsgewerkschaften wie die ORSA im Transportbereich.

Fiat war immer das grosse Kapitalunternehmen, in dem sich das Kräfteverhältnis von Arbeit und Kapital sehr stark formierte und Einfluß hatte auf die gesamten kapitalistischen Verhältnisse in Italien. So ist es auch heute wieder oder besser in den letzten Jahren. Fiat Chef Marchionne ging voran mit einem innerbetrieblichen Sozialpakt mit den Gewerkschaften in dem Werk in Pomigliano bei Neapel, die auf Streiks verzichteten und weitgehende Zugeständnisse mit dem Unternehmen vereinbarten. Gewerkschaften, die diesen Pakt nicht unterzeichneten, hatten von diesem Zeitpunkt an gewerkschaftliche Vertretungsrechte im Betrieb verloren. Genau ähnliche Regelungen unterzeichneten die Vorstände der drei grossen Gewerkschaftsverbände mit dem Unternehmerverband Confindustria am 28. Juni 2011. Alle Gewerkschaften, die diesen Pakt nicht unterschrieben haben, sind dennoch gezwungen sich diesem Pakt zu unterwerfen oder sie verlieren alle ihre gewerkschaftlichen Vertretungsrechte im Unternehmen und haben auch keinen Anspruch mehr auf Beteiligung an kollektiven Verhandlungen...

Der ehemalige Fiom- Sprecher Gregorio Cremaschi nennt diesen Pakt einen Verstoss gegen die Repräsentativität und sogar einen Verstoss gegen die Verfassung. Denn die Lohnarbeiter_innen haben nicht mehr das Recht ihre eigenen Vertreter zu wählen, wenn diese den Pakt nicht unterschrieben haben oder nicht unterstützen. Umgekehrt, sie können nur Kandidaten wählen, die diesem Pakt zustimmen und unterschrieben haben. Die Gewerkschafts – und Betriebs - Delegierten werden auch nur zu den Verhandlungen zugelassen, wenn sie diesem sozialen Pakt zugestimmt haben. Mit dieser Art Regelungen versuchen auch die Gewerkschaftsleitungen der Drei Verbände die Opposition in den eigenen gewerkschaftlichen Reihen, an der eigenen Basis, zu erschweren.



Äußern Delegierte öffentliche Kritik an dem Pakt, können sie jederzeit ausgeschlossen oder zum Rücktritt gezwungen werden, verlieren gleichzeitig ihren Delegierten Status. Ungehorsame Delegierte können auch jederzeit von der Führung auf diese Weise abberufen werden.

Auf dieser Grundlage hat sich seit dem letzten Kongress eine recht starke Opposition in der CGIL formiert, die sich „Gewerkschaft ist eine andere Sache“ nennt.

Trotz dieser „gewerkschaftlichen Komplizenschaft mit Unternehmerverband und Staat“ hat sich die Kooperation zwischen Basisgewerkschaften und Teilen der Cgil eher in den letzten Monaten auf der Strasse und in den Betrieben intensiviert und verbessert.

In Frankreich haben wir seit einigen Jahren auch neue Regeln für die gewerkschaftliche Repräsentanz und Anerkennung. 10% der Stimmen bei den gewerkschaftlichen Wahlen schaffen erst die Grundlage für die Teilnahme an Tarifverhandlungen und für weitere anerkannte gewerkschaftliche Ansprüchen und Rechten/ eigene Aushänge/ Räume etc./i. Es genügen mehrere repräsentative Gewerkschaften, die zusammen einen Pakt unterzeichnen, um vom Patronat und der Regierung anerkannt zu werden. Augenblicklich gibt es einen scharfen Konflikt um die Arbeitslosenversicherung für Kulturschaffende. Drei Gewerkschaften haben dieses Abkommen unterzeichnet, das von den CGT – und Sud-Solidaires Gewerkschaften abgelehnt und von der Bewegungen der Kulturschaffenden und ihren Koordinationen auf der Strasse bekämpft wird. Die ersten Festivals sind ausgefallen, dennoch bestehen die drei unterzeichnenden Gewerkschaften auf ihrer Unterschrift, obwohl sie nur eine Minderheit der Kulturschaffenden repräsentieren.

Gemeinsam ist diesen Erfahrungen, daß zunehmend versucht wird, mithilfe von kapitalangepaßten Gewerkschaften Gesetze zu schaffen, die die gewerkschaftliche Aktionsfreiheiten von alternativen und Basisgewerkschaften und autonomen Bewegungen ver- und behindern sollen, und dazu dienen, die Akteur_innen zu kriminalisieren.

Aber genauso wie hier gibt es auch in den anderen EU-Ländern gemeinsame Initiativen für uneingeschränktes Streikrecht und Aktionsfreiheiten. Und es gibt vor allem Bewegungen, die dies auch praktizieren.

Vortrag von Willi Hajek bei der Konferenz „Hände weg vom Streikrecht“ am 15.6.2014 in Frankfurt